

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Januar 2014

Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
Veranstaltung: „2014: Citizen Action for better family policies“	2
Neuigkeiten aus den EU-Institutionen.....	2
EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit	2
EU-Kommission verbessert Schulobst- und Schulmilchprogramm.....	2
Bewertung des Europass und des EU-Qualitätsrahmen.....	2
EU-Kommission gibt Erklärung zum Estrela-Bericht ab	3
Obdachlosigkeit: EU-Parlament fordert EU-weite Maßnahmen	3
EU-Kommission bekämpft steuerliche Diskriminierung mobiler EU-Bürger/innen	3
EU-Parlament fordert bessere Arbeitskontrollen in der EU	3
Annahme des IAO-Übereinkommen über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte	3
EU-Parlament fordert moderneren Sozialschutz	4
Landesgesetz zum Schülertransport mit EU-Beihilferecht vereinbar.....	4
EU-Parlament fordert verstärkte Bekämpfung von Lebensmittelbetrug	4
EU-Gerichtshof (EuGH) beschließt geringere Nachweispflichten für Familiennachzügler.....	4
EU-Parlament unterstützt Aktionsplan für elektronische Gesundheitsdienste 2012-2020	4
EU-Bildungsprogramm Erasmus+ startet	5
Weitere Nachrichten	5
Frankreich: Nationalversammlung stärkt Recht auf Schwangerschaftsabbruch	5
Österreich erhöht Unterhaltsvorschuss	5
Spanien: Abtreibungsgesetz soll verschärft werden.....	5
Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention von zehn Staaten ratifiziert	5
Deutschland vor dem UN-Kinderrechtsausschuss	6
Griechenland nimmt an Zusammenarbeit im Bereich des Scheidungs- und Trennungsrechts teil.	6
Aktueller Stand zur Umsetzung der EU-Jugendgarantie.....	6
Projekt „U18 goes Europe“	6
Greenpeace testet Kinderkleidung auf Chemikalien	6
Europäisches Symposium der Caritas „Family policies matter!“	7
Berichte und Studien.....	7
EU-Kommission veröffentlicht Sozialbericht.....	7
EU-Mobilitätsanzeiger: Ländervergleich zur Förderung von Auslandsaufenthalten für Jugendliche.....	7
Mangelnder Schutz für Diskriminierungsopfer	7
Großbritannien: Bericht über Anstieg von rassistischem Mobbing bei Kindern	8
McKinsey-Bericht: „Education to Employment: Getting Europe's Youth into Work“	8
Eurydice-Bericht „Allgemeine und berufliche Bildung in Europa 2020“	8
Publikation über Kosten der Obdachlosigkeit in Europa	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Neuigkeiten aus der COFACE

Veranstaltung: „2014: Citizen Action for better family policies“

In Kooperation mit Eurofound und der AGF lädt die COFACE für den 28. März 2014 zu einer Veranstaltung in Berlin ein. Die Veranstaltung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den bevorstehenden Europawahlen. Eurofound wird seine Studie zum Verhältnis der Bevölkerung zu Europa an sich sowie zu den Wahlen vorstellen. Die COFACE präsentiert die Ergebnisse ihres „Wahlchecks“ der europäischen Parteien in Bezug auf die Politik der Parteien für Familien.

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit

Seit dem 01. Januar 2014 gilt auch für Rumänen und Bulgaren die uneingeschränkte Freizügigkeit für Arbeitnehmer/innen. Nicht zuletzt aufgrund der diesbezüglichen starken Debatten veröffentlichte die EU-Kommission einen Leitfaden zur Feststellung des gewöhnlichen Aufenthaltsorts. Das EU-Parlament hat in seiner Plenarsitzung in Straßburg vom 13.-16. Januar 2014 eine Entschließung über die Einhaltung des Grundrechts auf Freizügigkeit innerhalb der EU verabschiedet.

- [Leitfaden der EU-Kommission](#)  
- [Entschließungsantrag des EP zur Achtung des Grundrechts auf Freizügigkeit in der EU](#) 


EU-Kommission verbessert Schulobst- und Schulmilchprogramm

Die EU-Kommission hat am 30. Januar 2014 Änderungen des Schul-Ernährungsprogrammes bekannt gegeben. Das Schulobst- und Schulmilchprogramm für sechs- bis zehnjährige Kinder wurde zu einem einheitlichen Programm zusammengelegt und ausgebaut. Unter dem Motto „Iss gesund, fühl dich gut“ erhalten Schulkinder Obst, Gemüse und Milch. Ziel ist es, die Essgewohnheiten der Kinder auf gesunde Ernährung auszurichten und mehr Wert auf eine Verbindung zwischen landwirtschaftlichen Betrieben und dem schulischen Umfeld zu legen. Das neue Programm soll nach 230 Mio. Euro pro Schuljahr umfassen, davon 150 Mio. Euro für Obst und Gemüse und 80 Mio. Euro für Milch. Der Vorschlag muss noch vom EU-Parlament und dem Rat gebilligt werden.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission zur Verbesserung des Schulobst- und Schulmilchprogramms](#)

Bewertung des Europass und des EU-Qualitätsrahmens

Die EU-Kommission hat eine Bewertung für den Europass und den EU-Qualifikationsrahmens (EQR) veröffentlicht. Beides sind Instrumente mit dem Ziel, erworbene Kompetenzen und Qualifikationsprofile grenzüberschreitend darlegen zu können. Im Rahmen der Initiative „Neue Denkansätze für die Bildung“ soll ein „Europäischer Raum der Kompetenzen und Qualifikationen“ geschaffen werden, indem der EQR eine zentrale Rolle spielen soll.

- [Bewertung der EU-Kommission des EQR](#) 
- [Bewertung der EU-Kommission des Europass](#) 

EU-Kommission gibt Erklärung zum Estrela-Bericht ab

Die EU-Kommission gab zur Plenarsitzung des EU-Parlamentes am 16. Januar 2014 im Rahmen der Aussprache eine Erklärung zur „Nichtdiskriminierung im Rahmen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte“ ab. Darin sprach sich die EU-Kommission für eine gute Gesundheitsversorgung und gegen Diskriminierung aus.

Obdachlosigkeit: EU-Parlament fordert EU-weite Maßnahmen

Das EU-Parlament fordert in ihrer Entschließung „Strategie der EU zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit“ vom 13. Januar 2014, dass sich die Maßnahmen zur Obdachlosigkeit auf Schwerpunktthemen wie z.B. Wohnungsbau-/„Housing-First“ konzentrieren sollte, sowie auf grenzüberschreitende Obdachlosigkeit, die Qualität der Dienste für Obdachlose, Prävention und obdachlose Jugendliche.

- [Entschließungsantrag „Strategie der EU zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit“](#) 

EU-Kommission bekämpft steuerliche Diskriminierung mobiler EU-Bürger/innen

Die Mobilität der Arbeitskräfte sei eine der potenziellen Schlüsselfaktoren für die Steigerung von Wachstum und Beschäftigung in Europa. Allerdings seien steuerliche Hindernisse nach wie vor eines der wichtigsten Faktoren, die die grenzüberschreitende Mobilität behindern. Aus diesem Grund will die EU-Kommission im Jahr 2014 die Steuervorschriften der EU-Mitgliedstaaten prüfen, um eine benachteiligende Auswirkung auf mobile Bürger/innen zu vermeiden.

EU-Parlament fordert bessere Arbeitskontrollen in der EU

Das EU-Parlament hat zur Plenarsitzung vom 13.-16. Januar 2014 eine Entschließung über wirksame Kontrollen am Arbeitsplatz als Strategie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Europa gefasst. Mangelhafte Arbeitskontrollen seien der Grund für Sozialdumping und Schwarzarbeit. Aus diesem Grund wurde in der Entschließung neue Trainingsprogramme für Kontrolleure gefordert. Zudem soll die bestehende Richtlinie hinsichtlich der Durchsetzung und der Rolle der Arbeitskontrollen überprüft werden. Das EU-Parlament fordert die EU-Kommission auf, einen Leitfaden für bewährte Verfahren zu erstellen, bessere Methoden zur Bekämpfung des Sozialdumpings in der EU ermitteln und geeignete Instrumente vorschlagen.

- [Entschließungsantrag über wirksame Kontrollen am Arbeitsplatz als Strategie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Europa](#)

Annahme des IAO-Übereinkommen über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte

Die EU-Kommission begrüßt die Annahme eines Beschlusses durch den Ministerrat, mit dem die Mitgliedstaaten ermächtigt werden, das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte zu ratifizieren. Der Beschluss war von der EU-Kommission im März 2013 vorgeschlagen und vom EU-Parlament gebilligt worden. Das IAO-Übereinkommen von 2011 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte sieht vor, dass die EU-Staaten Maßnahmen treffen, um faire und menschenwürdige Arbeitsbedingungen sicherzustellen und Missbrauch, Gewalt und Kinderarbeit bei der Beschäftigung im Haushalt zu verhindern. Die EU-Staaten sind aufgefordert, die Arbeitsbedingung umzusetzen.

EU-Parlament fordert moderneren Sozialschutz

Das EU-Parlament hat eine EntschlieÙung zum Sozialschutz gefasst. Zukünftig sollen Sozialschutzsysteme kontinuierlich optimiert und modernisiert werden. Das Augenmerk liegt dabei auf Situationen junger Menschen und anderer schutzbedürftiger Gruppen, selbstständige Erwerbstätiger/innen und auf die Bedeutung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das Parlament wendet sich zudem gegen Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

- [EntschlieÙung des EU-Parlaments zum Sozialschutz](#)

Landesgesetz zum Schülertransport mit EU-Beihilferecht vereinbar

Die EU-Kommission hat die beihilferechtliche Unbedenklichkeit des geplanten rheinland-pfälzischen Gesetzes zum Schülertransport anerkannt. Das Gesetz definiert, dass Unternehmen des Öffentlichen Personennahverkehrs ermäßigte Fahrausweise für Schüler/innen, Studierende und Auszubildende anbieten müssen und ihnen die exakte Differenz zwischen dem Preis der Schülerfahrkarte und dem vergleichbaren Erwachsenenfahrausweis durch das Land erstattet wird. Die Landesregierung kann ihren Gesetzentwurf nun in den Landtag einbringen.

EU-Parlament fordert verstärkte Bekämpfung von Lebensmittelbetrug

Das EU-Parlament hat am 14. Januar 2014 zur Plenarsitzung in StraÙburg eine nicht-legislative EntschlieÙung zur Bekämpfung von Lebensmittelbetrug verabschiedet. Aufgrund der steigenden Anzahl der Betrugsfälle von Lebensmitteln sollen stärkere Kontrollen und Funktionsweisen der Lebensmittelketten durchgeführt werden. Die Abgeordneten des EU-Parlaments fordern eine einheitliche Definition von dem Begriff „Lebensmittelbetrug“ und die Schaffung eines Netzwerks zur Bekämpfung von Lebensmittelbetrug. Zusätzlich soll eine regelmäßige Durchführung des DNA-Tests stattfinden, um eine falsche Kennzeichnung von Tierfleisch zu vermeiden.

- [Pressemitteilung des EU-Parlaments zum Kampf gegen Lebensmittelbetrug](#) 

EU-Gerichtshof (EuGH) beschließt geringere Nachweispflichten für Familiennachzügler

Der EuGH hat am 16. Januar 2014 geringere Nachweispflichten für Familiennachzügler beschlossen. Somit ist es einem Mitgliedstaat für die Erteilung eines Aufenthaltstitels nicht erlaubt, dass ein Verwandter in absteigender Linie nachweisen muss, dass er vergeblich versucht hat, in seinem Herkunftsland Arbeit zu finden oder Hilfe zum Lebensunterhalt zu erlangen. Der Verwandte muss dafür 21 Jahre oder älter sein. Das Unionsrecht erstreckt das Recht aller Unionsbürger, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, auch auf ihre Familienangehörigen, unabhängig von deren Nationalität

EU-Parlament unterstützt Aktionsplan für elektronische Gesundheitsdienste 2012-2020

Das EU-Parlament unterstützt in einer nicht-legislativen EntschlieÙung am 14. Januar 2014 den Aktionsplan für elektronische Gesundheitsdienste 2012-2020: Innovative Gesundheitsfürsorge im 21. Jahrhundert. Die EU-Kommission hat den Aktionsplan im Dezember 2012 vorgestellt, mit dem die Hindernisse angegangen werden sollen, die den vollen Einsatz digitaler Lösungen in den europäischen Gesundheitssystemen behindern. Ziel sei es, Patienten medizinisch besser zu versorgen, ihnen mehr Kontrolle über ihre Gesundheitsfürsorge zu geben und die Kosten zu verringern.

- [Bericht des EU-Parlaments zum Aktionsplan für elektronischen Gesundheitsdienst 2012-2020](#) 

EU-Bildungsprogramm Erasmus+ startet

Das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ wurde am 16. Januar 2014 in Athen offiziell gestartet. Das Programm soll mehr als vier Millionen Menschen in den nächsten sieben Jahren finanziell unterstützen und jungen Menschen die Möglichkeit bieten, im Ausland zu studieren, sich weiterzubilden, Arbeitserfahrung zu sammeln oder Freiwilligenarbeit zu leisten.

➤ [Webseite von Erasmus+](#)

Weitere Nachrichten

Frankreich: Nationalversammlung stärkt Recht auf Schwangerschaftsabbruch

Am 21. Januar 2014 hat die französische Nationalversammlung das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche gestärkt. Abtreibungen in den ersten Schwangerschaftswochen bleiben künftig auch ohne Notlage der betroffenen Frauen straffrei. Die Nationalversammlung in Paris änderte mit Mehrheit der regierenden Linken einen entsprechenden Passus in der seit 1975 geltenden Fristenregelung. Ein Schwangerschaftsabbruch war bisher nur möglich, wenn sich die Betroffene „in einer Notlage“ befand.

Österreich erhöht Unterhaltsvorschuss

Zum 01. Januar 2014 wurden die Höchstbeträge und die festen Beträge für den Unterhaltsvorschuss in Österreich erhöht. Der Höchstbetrag steigt damit von 547,47 Euro auf 560,61 Euro. Die Höhe des Unterhaltsvorschusses hängt vom Alter des minderjährigen Kindes ab und ist – abhängig von verschiedenen Faktoren – entweder mit dem Höchstbetrag begrenzt oder richtet sich nach festen Beträgen.

Spanien: Abtreibungsgesetz soll verschärft werden

Die spanische Regierung will das Abtreibungsverbot verstärken. Seit 2011 konnten Frauen bis zur 14. Woche ohne die Nennung von Gründen straffrei abtreiben. Mit der Änderung wären Schwangerschaftsabbrüche nur noch in Ausnahmefällen, also bei einer Gesundheitsgefährdung der Frau oder des Kindes sowie nach einer Vergewaltigung zugelassen. Bevor eine Abtreibung genehmigt werden kann, bräuchte es künftig Gutachten von zwei unabhängigen Ärzten. Ein dritter Mediziner würde im Anschluss den Abbruch vornehmen. Bisher gilt in Spanien ein Recht auf Abtreibung bis zur 14. Schwangerschaftswoche, bei Gesundheitsgefährdung von Mutter oder Ungeborenem bis zur 22. Woche. Die Pläne der Regierung sind in Politik und Gesellschaft stark umstritten.

Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention von zehn Staaten ratifiziert

Costa Rica hat als zehnter Staat das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert. Damit ist die Grenze erreicht, mit der das Protokoll im April in Kraft treten kann. Damit können Kinder ab dem 14. April gegen die Verletzung ihrer Rechte vor dem UN-Kinderrechtsausschuss Beschwerde einlegen. Die UN-Generalversammlung hatte das Individualbeschwerderecht für Kinder am 19. Dezember 2011 verabschiedet. Deutschland ratifizierte das Protokoll am 28. Februar 2012. Außerdem haben Albanien, Bolivien, Gabun, Deutschland, Montenegro, Portugal, Slowakei, Spanien und Thailand das Zusatzprotokoll ratifiziert.

Deutschland vor dem UN-Kinderrechtsausschuss

Am 27. und 28. Januar beraten die Vereinten Nationen in Genf über die Lage der Kinder in Deutschland. Regelmäßig müssen die Mitgliedstaaten vor dem UN-Kinderrechtsausschuss berichten, wie sie die Kinderrechte verwirklichen. In einer vorgeschalteten Anhörung werden auch Nicht-Regierungsorganisationen wie UNICEF und die National Coalition sowie erstmals in diesem Jahr auch Kinder und Jugendliche angehört. 1994 und 2003, hat der Ausschuss Nachbesserungen von der Bundesregierung angemahnt. Die Vereinten Nationen werden ihre Empfehlungen an die neue Bundesregierung voraussichtlich am 5.2.2014 veröffentlichen.

Griechenland nimmt an Zusammenarbeit im Bereich des Scheidungs- und Trennungsrechts teil.

Griechenland ist nach der Zustimmung der EU-Kommission der 16. EU-Staat, der an der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des Scheidungs- und Trennungsrechts teilnimmt. Die verstärkte Zusammenarbeit dient seit zwei Jahren dazu, Ehepaaren mit verschiedenen Staatsangehörigkeiten bei einer Scheidung oder Trennung die Wahl der Rechtssysteme zu erleichtern. Deutschland gehörte damals neben 13 Belgien, Bulgarien, Frankreich, Italien, Lettland, Luxemburg, Malta, Österreich, Portugal, Rumänien, Slowenien, Spanien und Ungarn zu den Unterzeichnern, seit November 2012 war Litauen der 15. Staat.

Aktueller Stand zur Umsetzung der EU-Jugendgarantie

Laut EU-Kommission haben 17 Mitgliedstaaten ihre fertigen Pläne für die Umsetzung der Jugendgarantie vorgelegt. Kern der Jugendgarantie ist die Selbstverpflichtung, jedem arbeitslosen Jugendlichen innerhalb von vier Monaten ein Stellen-, Lehrstellen-, oder Praktikumsangebot zu unterbreiten. 11 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, arbeiten noch an ihren Strategien. Die Mehrzahl der Jugendgarantie-Maßnahmen sollen aus dem EU-Sozialfonds kofinanziert werden (Unterstützung bei der Arbeitssuche, Schulungsangebote, Verlängerung und Modernisierung der Lehrlingsausbildung, Einstellungszuschüsse und Praktikumszuschüsse). Darüber hinaus soll es für 20 Mitgliedstaaten aufgrund ihrer regionalen hohen Jugendarbeitslosenquote (mehr als 25 Prozent in mindestens einer Region) zusätzliche Mittel aus der Beschäftigungsinitiative geben.

Projekt „U18 goes Europe“

Das Projekt „U18 goes Europe“ bietet Kindern und Jugendlichen am 16. Mai 2014 an, an einer U18-Wahl in Deutschland teilzunehmen. Die Bundesländer Berlin und Brandenburg werden mit europäischen Partnerstädten in Frankreich, Spanien und Polen kooperieren, damit auch dort junge Menschen an der U18-Wahl teilnehmen und ihre Stimme öffentlich machen können. Jugendlichen unter 18 Jahren soll somit die Möglichkeit der Meinungsäußerung gegeben und ihnen der Einfluss der europäischen Demokratie auf ihr Leben verdeutlicht werden.

- [Informationen über das Projekt „U18 goes Europa“ und die U18-Wahl](#)

Greenpeace testet Kinderkleidung auf Chemikalien

Im Rahmen ihrer „Detox-Kampagne“ hat die Umweltorganisation Greenpeace Kinderkleidung von zwölf internationalen Modemarken aus 25 Staaten auf gefährliche Chemikalien getestet. Das Ergebnis zeigt, dass ein hoher Anteil von Schadstoffen wie z.B. Weichmacher, Nonylphenoethoxylate (NPE) oder per- und polyfluorierte Chemikalien (PFC) in den Kindertextilien enthalten sind. Es wurde kein Unterschied zwischen

Luxus-Labels und billigen Marken festgestellt. Manche Stoffe wiesen eine höhere Belastung auf als die Grenzwerte für Spielzeuge zugelassen sind. Solche Chemikalien können hormonelle Wirkungen zeigen, zu Beeinträchtigungen des Immunsystems, der Fruchtbarkeit sowie zu Schilddrüsenerkrankungen führen und sogar Krebszeugung fördern.

- [Weitere Informationen und Ergebnisse der Greenpeace-Studie](#) 

Europäisches Symposium der Caritas „Family policies matter!“

Am 22. Und 23. Januar 2014 hat der Deutsche Caritasverband e.V. (DCV) eine Veranstaltung unter dem Motto „Family policies matter!“ in Brüssel durchgeführt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Frage, welche familienpolitische Strategien Familien wirksam vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützen können. Dazu wurden die Familienpolitik sowie Best-Practise-Beispiele aus vier Staaten (Deutschland, Dänemark, Frankreich und Slowenien) miteinander verglichen.

- [Informationen sowie Dokumentation zur Veranstaltung „Family policies matter!“](#) 

Berichte und Studien

EU-Kommission veröffentlicht Sozialbericht

Die EU-Kommission hat den Bericht über die „Entwicklung in Beschäftigung und Gesellschaft in Europa 2013“ veröffentlicht. Er stellt fest, dass die Armut bei der erwerbsfähigen Bevölkerung angestiegen ist. Dies sei eine Folgeerscheinung der Wirtschaftskrise und der Polarisierung in der Lohnentwicklung, u.a. durch die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung. Daher sei die Aufnahme einer Beschäftigung nicht immer die Rettung aus Armut. Der Bericht untersucht außerdem positive Auswirkungen von Sozialleistungen auf die Wahrscheinlichkeit, wieder eine Beschäftigung zu finden sowie die Folgen der anhaltenden geschlechtsspezifischen Ungleichgewichte und die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion. Eine weitere Erkenntnis der Analyse ist, dass in einigen Staaten ein großer Anteil der Arbeitslosen nicht mit Sozialhilfe o.ä. unterstützt würde.

- [Bericht: Employment and Social Developments in Europe 2013](#) 

EU-Mobilitätsanzeiger: Ländervergleich zur Förderung von Auslandsaufenthalten für Jugendliche

Der erste Mobilitätsanzeiger der EU-Kommission zeigt, dass die Förderungen der einzelnen EU-Staaten für junge Menschen, ein Studium oder eine Ausbildung im Ausland zu absolvieren, noch sehr unterschiedlich sind. Untersucht wurden fünf Schlüsselfaktoren, die die Motivation und Möglichkeiten junger Menschen für einen Studien- oder Ausbildungsaufenthalt im Ausland beeinflussen. Deutschland erhält fast überall gute bis ausgezeichnete Bewertungen, insbesondere in Bezug auf die Bereitstellung von Informationen und Orientierungshilfen.

Mangelnder Schutz für Diskriminierungsopfer

Die aktuell veröffentlichte Bestandsaufnahme der Gleichbehandlungsrichtlinie hebt hervor, dass die EU-Vorschriften gegen Diskriminierung zwar in allen 28 EU-Mitgliedstaaten umgesetzt worden seien, aber es an dem tatsächlichen Schutz für Diskriminierungsopfer mangeln würde. Es bestehe vor allem fehlendes Wissen der Öffentlichkeit um diese Rechte sowie eine hohe Zahl an nicht gemeldeten Fällen. Daher will die EU-

Kommission einschlägige Sensibilisierungsmaßnahmen und Schulungen für Rechtsberufe finanziell unterstützen. Als Anlage zu ihrem Bericht hat die EU-Kommission Orientierungshilfen für Diskriminierungsopfer veröffentlicht.

- [Bericht der EU-Kommission über die Anwendung der Richtlinien mit Anlagen](#) 

Großbritannien: Bericht über Anstieg von rassistischem Mobbing bei Kindern

Der Bericht „Kann ich Ihnen etwas sagen?“ der Wohltätigkeitsorganisation Childline stellt eine signifikante Zunahme rassistischem Mobbing fest. Demzufolge sind die Fälle von Selbstverletzungen, Cyberbullying und sogar Selbstmordgedanken über die Jahre stetig gestiegen.

- [Childline Bericht „Can I tell you something?“](#)  

McKinsey-Bericht: „Education to Employment: Getting Europe's Youth into Work“

Der aktuelle McKinsey-Bericht „Education to Employment: Getting Europe's Youth into Work“ beschreibt die Probleme und Hindernisse der EU-Jugendarbeitslosigkeit, analysiert die Situation und gibt Empfehlungen. Dafür wurden 5.000 Jugendliche, 2.600 Arbeitsgeber/innen und 700 Hochschullehrer/innen in acht EU-Staaten befragt. Dieser Bericht kommt zu dem Schluss, dass viele Arbeitgeber nicht in der Lage seien, freie Stellen zu vergeben, weil vielen Jugendlichen die richtigen Fähigkeiten fehlen würden.

- [McKinsey-Bericht „Education to Employment: Getting Europe's Youth into Work“](#)  

Eurydice-Bericht „Allgemeine und berufliche Bildung in Europa 2020“

In dem Eurydice-Bericht „Allgemeine und berufliche Bildung in Europa 2020: Reaktion aus dem EU-Mitgliedstaaten“ werden die Aktivitäten der EU-Staaten bei der Umsetzung der Europa 2020-Strategie im Bereich Bildung und Ausbildung verglichen und analysiert. Im Mittelpunkt stehen durchgeführte und geplante Reformen, die einen unmittelbaren Einfluss auf die Strategie Europa 2020 haben: Schulabbruch, Hochschulbildung, Jugendbeschäftigung, Berufsbildung und lebenslanges Lernen.

Publikation über Kosten der Obdachlosigkeit in Europa

Die Europäische Beobachtungsstelle für Obdachlosigkeit (FEANTSA) hat aufgrund des Anstiegs der Obdachlosigkeit in den letzten Jahren einen Bericht über die realen Kosten der Obdachlosigkeit in Europa veröffentlicht. Der Bericht zeigt, dass es bedeutsame Unterschiede in Bezug auf die Obdachlosigkeit in den EU-Staaten gibt und zahlreiche Möglichkeiten, dagegen anzukämpfen.

- [Publikation Kosten der Obdachlosigkeit in Europa](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

- European Children's Rights Unit, Department of Politics and International Relations, Eurochild: [„European Progress in Achieving Child Friendly Justice“](#) (02. Februar 2014, Brüssel)
- Social Platform: [„Social innovation“](#) (13. Februar 2014, Brüssel)
- Europeans Woman's Lobby: [„One Billion Rising to end violence against women“](#) (14. Februar 2014, Brüssel)

- Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament: [Committing the new Commission to social Europe](#) (19. Februar 2014, Brüssel)
- Jugend für Europa: "[Europe – Do It Yourself!](#)" (24./25. Februar 2014, Berlin)
- Griechische Ratspräsidentschaft: Konferenz zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ (05. März 2014, Brüssel)
- Thomas More: "[The European Year for Reconciling Work and Family Life](#)" (12. März 2014, Antwerpen)
- COFACE, Eurofound, AGF: "[2014: Citizen Action for better family policies](#)" (28. März, Berlin)
- OECD: Women's Leadership in Public Life: [Fostering Diversity for Inclusive Growth](#) (02. bis 04. April 2014, Paris)
- COHEHRE: [Reconciling Work and Family in Health and Social Care Education](#) (09. bis 11. April 2014, Groningen)
- The National Network for Children, Eurochild, Child Rights Connect, ChildPact, UNICEF: [7th Regional Meeting of NGOs Children's Rights Coalitions in Europe](#) (28. bis 30. April 2014, Sofia)
- Griechische Ratspräsidentschaft, COFACE: "[Families in the crisis](#)" (29. April 2014, Athen)
- International Students' Committee (ISC): [The Clash of Generations](#) (08./09. Mai 2014, St. Gallen)
- ICCFR: "[The family in focus: 20th anniversary of the international year of the family](#)" (12. bis 15. Mai 2014, Brüssel)
- European Children's Rights Unit, Department of Politics and International Relations, Eurochild: "[European responses to violence against children](#)" (28. Mai 2014, Liverpool)
- Work and family research network (WFRN): [Changing Work and Family Relationships in a Global Economy](#) (19. bis 21. Juni 2014, New York)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).
